Standesangelegenheiten.

Beschränkung der medizinischen Fachpresse in der Veröffentlichung von Heilmittelinseraten.

Von J. Schwalbe.

Den Bemühungen der Vereinigung der medizinischen Fachpresse und der Arzneimittelkommission des Deutschen Kongresses für innere Medizin, die Anzeigenteile unserer Zeitschriften von unzulässigen oder bedenklichen Heilmittelinseraten zu entlasten, sind vor kurzem ganz unerbeten und unerwartet einige Staatsanwaltschaften und Polizeibehörden zu Hilfe gekommen. Leider gleicht diese Unterstützung mit erschreckender Ähnlichkeit dem Eifer des in der bekannten La Fontaineschen Fabel geschilderten Bären, der seinen Herrn bei dem Versuch, eine Fliege von seiner Stirn zu verscheuchen, mit schwerer Tatze erschlägt. Wenn das hochnotpeinliche „Strafverfahren“, das in den letzten Monaten gegen die Redaktionen zahlreicher medizinischer Fachblätter eingeleitet worden ist, allgemeingültig werden würde, dann müßte dem größten Teil unserer Annoncen in Zukunft die Aufnahme versagt werden.

Die Entwicklung der Angelegenheit ist recht einfach, in ihrem Endpunkt für den schlichten Menschenverstand trotzdem nicht einleuchtend. Eine Kaiserliche Verordnung vom 22. Oktober 1901 (nebst Ergänzung vom 31. März 1911) bestimmt, daß eine größere Reihe — in einem Verzeichnis A namentlich aufgeführter — Zubereitungen (d. h. auf mechanischem oder pharmazeutischem Wege hergestellter Mittel) nicht als Heilmittel und eine Zahl von in einem Verzeichnis B aufgeführten Stoffen überhaupt nicht im Kleinhandel außerhalb der Apotheken feilgehalten oder verkauft werden dürfen. Bei vielen der im Verzeichnis B enthaltenen Stoffe sind auch deren Abkömmlinge, ebenso die Salze der Stoffe und deren Abkömmlinge einbegriffen. Um einige Beispiele dieses Verzeichnisses zur Illustration herauszugreifen, nennen wir Antifebrin, Aconit, Bromoform, Kokain etc. etc. Es ist klar, daß diese Verordnung dazu dient, das Publikum vor der mißbräuchlichen, gesundheitsgefährdenden Verwendung stark wirkender Arzneien zu behüten, und daß sie in diesem Sinne vollen Beifall verdient. Zur wertvollen Unterstützung dieser prophylaktischen Regierungsverordnung dient das Urteil des preußischen Kammergerichts vom 6. Februar 1911, wonach die öffentliche Ankündigung von Heilmitteln, die dem freien Verkehr entzogen sind, durch Polizeiverordnung verboten werden kann. Von diesem Recht haben denn auch in der Tat etliche Polizeibehörden Gebrauch gemacht, so z. B. das Berliner Polizeipräsidium durch Verordnung vom 1. August 1912.

Jetzt setzt aber die unglückselige Auslegung ein, die das Reichsgericht mehrfach dem Begriff der „Öffentlichkeit“ und des „Publikums“ gegeben hat, und damit erwächst der Staatsanwaltschaft das Recht, ja fast die Pflicht, auch die medizinischen Zeitschriften als Organe anzusehen und zu behandeln, in denen die oben erwähnten Mittel nicht angezeigt werden dürfen! Denn wie ich in meinem (gelegentlich eines anderen Strafverfahrens) in dieser Wochenschrift 1912, Nr. 36 veröffentlichten Artikel („Die Ankündigung unzüchtiger Gegenstände und die medizinische Presse“) ausgeführt habe, wird nach dem Urteil des Reichsgerichts vom 24. März 1908 dadurch, daß sich „die Ankündigung oder Anpreisung auf gewisse gewerbliche Fach- oder Berufskreise beschränkt, nicht die Annahme ausgeschlossen, daß sie im Sinne des § 184 Nr. 3 StGB. dem Publikum gegenüber stattfindet.“

Diesen Standpunkt unseres obersten Gerichtshofes hat sich ein „großer Unbekannter“ aus der pharmazeutischen Industrie oder aus den medizinischen Verlegerkreisen zunutze gemacht und hat durch das Agentur- und Kommissionsgeschäft Paul Hollmann in Krölpa, Kreis Ziegenrück, — von wem sonst sollte Herrn Hollmann in Krölpa diese Wissenschaft kommen?! — eine Denunziation bei der dortigen Staatsanwaltschaft gegen eine große Zahl medizinischer Fachblätter wegen beanstandenswerter Inserate einreichen lassen; und die Behörde hat pflichtgemäß bei verschiedenen Gerichten die richterliche Vernehmung bzw. die Anklage der betreffenden Redakteure, Verleger und auch Inserenten beantragt. So bin ich selbst wegen der in Nr. 7 d. J. enthaltenen Anzeigen von Pnigodin, Merjodin, Jodostarin, Digalen, Narkophin und Pyrenol vernommen worden, der Verlag der Berliner klinischen Wochenschrift wurde u. a. wegen eines Jodtropolon-Inserats einem Verhör unterzogen, die Redaktion der Klinisch-therapeutischen Wochenschrift, der Deutschen militärärztlichen Zeitschrift etc. etc. waren in ähnlicher Lage. Von dem gleichen Kriminalverfahren wurden auch in anderen Städten erscheinende Zeitschriften betroffen, da — wie oben bemerkt — auch andere Polizeibehörden dieselben Verordnungen wie die Berliner erlassen haben. Deshalb (nicht, weil ihr Blatt „auch in Berlin stark verbreitet ist“) mußte sich z. B. die Redaktion der Münchener medizinischen Wochenschrift verantworten. Gegen den Redakteur der Frankfurter Aerzte-Korrespondenz kam es sogar zur Verhandlung vor dem Schöffengericht, erfreulicherweise mit Freispruch des „Angeklagten“. Bis zu dieser Höhe scheint sich indes das Verfahren nur selten entwickelt zu haben; meist hat es bei der richterlichen Vernehmung sein Bewenden gehabt, auf Grund der dabei festgestellten Verhältnisse haben Gerichte und Staatsanwaltschaften die weitere Verfolgung der „Übertretung“ aufgegeben. So scheint auch meine eigene Angelegenheit enden zu wollen, denn seit meiner am 30. März vor dem Richter abgegebenen schriftlichen Erklärung ist mir kein Bescheid mehr zugegangen.

Mein Rechtsbeistand, Herr Justizrat Hugo Sonnenfeld (Berlin), hat mir auf mein Ansuchen ein Rechtsgutachten erstattet, das die in Betracht kommenden Fragen vom grundsätzlichen Standpunkt aus scharf beleuchtet. Es hat bereits mehreren Preßkollegen gute Dienste geleistet, sodaß es mir gerechtfertigt erscheint, seinen Wortlaut hier mitzuteilen.

„I. Die Bekanntgabe eines neuen Arzneimittels an die Aerzteswelt ist unentbehrlich und kann nur in Fachblättern erfolgen. Diese wenden sich nicht an das Publikum, nicht an die Öffentlichkeit, sondern ausschließlich an die Gelehrtenwelt, an die Aerzte.“

Die Aerzte bekämpfen die Anpreisung von Arzneimitteln an das Publikum, wollen aber selbst sich fortbilden. Daraus folgt, daß die ärztliche Fachpresse gar nicht wünscht, vom Publikum gelesen zu werden, daß sie geradezu im Gegenteil die Exklusivität erstrebt. Der Kreis, an den sich die Fachzeitschriften wenden, ist scharf umgrenzt; hieran ändert nichts der Umstand, daß ein Fachblatt auch gelegentlich einmal von anderen gelesen wird; das hat niemand zu vertreten. Recht und Gesetz können nicht entfernt liegende Zufälligkeiten berücksichtigen. (Vgl. auch Sonnenfeld, Reichsgesetzliche Bestimmungen betreffend den Handel mit Drogen und Giften, Zweite Auflage, 1912, Guttentagsche Sammlung Nr. 64 Deutscher Reichsgesetze Seite 283.)

II. Würde man annehmen, daß das Verbot der öffentlichen Ankündigung sich auch auf die Mitteilung in Fachblättern erstreckt, so würde dies „eine derartige Einengung der Ausübung eines erlaubten Gewerbebetriebes in sich schließen, daß dieser im Erfolge gänzlich vereitelt wird“. Eine solche Einengung ist, wie das Oberlandesgericht Dresden im Urteil vom 11. Oktober 1906 (Sächsisches Archiv 2, 282, Spruchsammlung der Deutschen Juristenzeitung 1908, Seite 11; Sonnenfeld a. a. O. Seite 3, Anm. 3) wörtlich ausführt, ungültig. Wohl befugt ist das Landesrecht, den freien Verkehr von Arzneimitteln zu regeln; insbesondere besteht für die Polizei das Recht, die öffentliche Ankündigung von den den Apothekenmonopol im Kleinhandel unterstellten Erzeugnissen zu verbieten. Das aber nur in den bezeichneten Grenzen. Es gibt keinen anderen Weg, um neue Erscheinungen der chemischen Industrie den Aerzten bekannt zu geben, als die Fachpresse. Wird das verhindert, so ist damit der Vertrieb der Mittel schlechthin unterbunden, und das ist unzulässig. — Die Unzulässigkeit des

Verbotes der Mitteilung in Fachblättern ergibt auch die folgende Erwägung: Jede das Verbot der öffentlichen Ankündigung aussprechende Polizeiverordnung hat ihre rechtliche Grundlage im § 10 II 17, Allgemeines Landrecht für die Preussischen Staaten. Hiernach darf die Polizei nur „die nötigen Anstalten zur Abwendung der dem Publikum oder einzelnen Mitgliedern aus demselben bevorstehenden Gefahr treffen.“ Unter einer bevorstehenden Gefahr versteht das Kammergerichts-Urteil vom 12. Dezember 1900 (Johow, Band 21 Nr. 31 C. Seite 50) „ein außergewöhnliches, in seinem Herannahen, in seiner Eigenart deutlich erkennbares bedrohliches Ereignis“.

Weitere gesetzliche Unterlagen für das polizeiliche Ankündigungsverbot bieten § 6 Litt. a und i des Gesetzes vom 11. März 1850, inhalts dessen der Polizei Schutz des Eigentums und Sorge für Leben und Gesundheit obliegt. Durch eine öffentliche, an das nicht fachwissenschaftlich vorgebildete Publikum gerichtete Ankündigung eines Arzneimittels kann allerdings Eigentum, Leben und Gesundheit gefährdet werden. Diese Gefahr besteht nicht, ist mindestens keine bevorstehende, wenn es sich um eine Ankündigung an die Fachgelehrten handelt. Es soll nicht geleugnet werden, daß auch solche Ankündigung die abstrakte Möglichkeit einer Gesetzesverletzung zur Folge haben kann; niemals aber kann von einer unmittelbar bevorstehenden Gefahr gesprochen werden, da ja die der Ärzewelt angepriesenen Mittel zunächst deren Kontrolle zu passieren haben, ehe sie auf dem weiteren Wege über die Apotheken in den Besitz des Publikums gelangen.

Der Richter hat freilich nicht zu prüfen, ob eine polizeiliche Anordnung aus § 10 II 17 ALR. zweckmäßig ist, wohl aber muß er feststellen, ob die Voraussetzung gegeben ist, d. h. ob eine unmittelbare Gefahr droht; und das ist hier zu verneinen.

Das Königliche Landgericht III hat in einem Urteil vom 12. März 1912, welches von der Deutschen medizinischen Wochenschrift veröffentlicht ist, den Herausgeber der Klinisch-therapeutischen Wochenschrift wegen der Ankündigung von Semori-Tabletten freigesprochen und dies unter anderem wörtlich, wie folgt, begründet: „Wollte man die Ankündigung eines solchen Heil- und Schutzmittels in einer medizinischen Fachzeitschrift unter § 184 Ziff. 3 StGB. zwingen, so würde man weder auf die berechtigten wissenschaftlichen Interessen Rücksicht nehmen, noch auch sich mit dem Rechtsbewußtsein des Volkes, und zwar gerade des gebildeten, im Einklang halten.“ Zum Schluß der Urteilsbegründung heißt es dann, daß „der Charakter und die Richtung der Zeitschrift und die Persönlichkeit der Angeklagten den Schluß rechtfertigen, daß sich die Angeklagten nicht bewußt waren, „daß der Gegenstand tatsächlich in dem im Gesetz bezeichneten Umfange, d. h. dem Publikum angekündigt wurde.“

III. Diese letzte Begründung leitet zu einer weiteren Erwägung über, welche der Verurteilung des Redakteurs einer ärztlichen Fachzeitschrift im Wege steht: Das Oberste Landesgericht München hat in der Entscheidung vom 3. Dezember 1910 (Zeitschrift für R. Bayern 1911, 120 Seuffert Blatt 76, 247, Deutsche Juristenzeitung 1912, 105) folgendes wörtlich ausgeführt: „Handelt es sich um Gesetze, die Sondergebiete regeln, so kann sich der Zweifel einstellen, ob deren Kenntnis bis in alle Einzelheiten jedem zugemutet werden kann. In besonderem Maße gilt dies aber dann, wenn als entlastender Irrtum nicht bloß die Unkenntnis des Bestehens eines solchen Gesetzes und seines wesentlichen Inhalts, sondern auch die seiner jeweiligen Auslegung in seinem ganzen Umfange angerechnet wird. Für solche Fälle ist ausnahmsweise eine Abweichung von der Regel „error juris nocet“ statthaft.“ Der Fall liegt dort vor, wo es sich um die Auslegung des Ankündigungsverbots handelt, denn die Grenzen werden ganz verschieden gesteckt. Wohl 90 % aller Polizeiverwaltungen und Staatsanwaltschaften lassen die Mitteilungen in ärztlichen Zeitschriften unbeanstandet; wäre es anders, so läge die chemische Industrie still. Es ist deshalb keinem ärztlichen Redakteur als schuldhafter Irrtum auszulegen, wenn er nicht glaubt, daß es Gerichte gibt, die polizeiliche Ankündigungsverbote auch auf medizinische Fachzeitschriften anwenden.

IV. Ein Irrtum tatsächlicher Natur verhindert überdies eine Bestrafung, wenn er nicht auf Fahrlässigkeit beruht. Erachtet ein ärztlicher Redakteur ein neues Heilmittel für ein chemisches Präparat, während es ein pharmazeutisches ist, so braucht dies wahrlich nicht fahrlässig zu sein, auch wenn er sich hierbei irrt. Chemische Präparate dürfen aber, soweit sie nicht im Verzeichnis B namentlich aufgeführt sind, frei annonciert werden. Nahm der Redakteur aus solchem tatsächlichen Grunde ohne Fahrlässigkeit die Freiverkäuflichkeit an, so kann er nicht bestraft werden (§ 51 St.G.B.).“

Mit z. T. ähnlichen Argumenten bekämpft Rechtsanwalt Wolfgang Heine im Berl. Tageblatt vom 25. und 26. April die „Drangsalierung der Presse“.

Es wäre sehr erwünscht, wenn durch die Fortsetzung eines gerichtlichen Verfahrens das Reichsgericht in die Lage versetzt würde, endlich einmal seinen Standpunkt hinsichtlich des Begriffs der „Öffentlichkeit“ zu revidieren. Das Berliner Polizeipräsidium hat auf eine Anfrage des Verbandes Pharmazeutischer Fabriken erklärt, daß es nicht in seiner Absicht liege, die Polizeiverordnung vom 1. August 1912 auch

auf Inserate in medizinischen und pharmazeutischen Fachzeitschriften angewandt zu sehen. Es erscheint undenkbar, daß nicht auch das Reichsgericht sich gehalten sehen sollte, der jetzigen Verwirrung und Benurhung der gesamten Fachpresse ein Ende zu bereiten.